

Frankreichs Sparziele: „Schwierig aber erreichbar“

Ein Bericht des französischen Rechnungshofs wies SP-Premier Jean-Marc Ayrault bei seiner gestrigen Antrittsrede vor dem Parlament den Weg.

VON **DANNY LEDER**, PARIS

Während sich SP-Premier Jean-Marc Ayrault gestern vor der französischen Nationalversammlung anschickte in einer Eröffnungsrede die Vorgangsweise der neuen sozialistischen Staatsführung für die kommenden fünf Jahre zu erläutern, nagte die Öffentlichkeit an der niederschmetternden Bilanz des Rechnungshofs.

Rechnungshofvorsitzender Didier Migaud, ein Sozialist aber von der bitterernsten Sorte, hatte am Tag zuvor seinen Prüfungsbericht zur Lage der Staatsfinanzen präsentiert: demnach würden für das laufende Jahr etwa 10 Mrd. Euro fehlen, um die mit Brüssel vereinbarte Reduzierung des Budgetdefizits auf 4,5 Prozent des Bruttonationalprodukts (BNP) zu erreichen. Schuld daran seien die bürgerlichen Vorgänger unter Nicolas Sarkozy, die von allzu optimistischen Wachstumserwartungen ausgegangen waren. Mit nur 0,4 Prozent Wachstum 2012 dürfte Frankreich weder den Anstieg der Arbeitslosenrate auf über zehn Prozent noch dem der Staatschuld auf 90 Prozent des BNP enttrinnen.

Aber während der Rechnungshof die Bewältigung der diesjährigen Budgetziele nicht anzweifelt, ist er für 2013 schon vorsichtiger, weil da ein zusätzliches Sparaufkommen von 33 Mrd. Euro nötig wäre, um das Budgetdefizit, wie von der aktuellen Linksregierung auch bestätigt, auf drei Prozent zu drücken. „Erreichbar, aber schwierig“, so Rechnungsprüfer Migaud in Hinblick auf ein erwartetes Wirtschaftswachstum von rund einem Prozent für 2013.

Hinter dieser Wachstumsschwäche steckt die mangelnde Wettbewerbskraft und Marktanpassung vor allem mittlerer Unternehmen. Die Folgen: Frankreichs Industrie ist seit Jahren im Sinkflug, die Handelsbilanz ist eingebrochen, die Steuereinnahmen sind rückläufig. Obendrein wird die Verschuldung durch die Hilfsmaßnahmen für die Krisenstaaten der EU hochgetrieben. Diese dürften Frankreich 2012 über 50 Mrd. Euro kosten.

Die Empfehlung des Rechnungshofs: vor allem Ausgabenreduzierung der öffentlichen Hand durch Verringerung der aufgeblähten Verwaltungsstrukturen und Beamten-Abbau. Und erst in zweiter Hinsicht breit gestreute Steuererhöhungen, wobei, so die Warnung, Frankreich bereits jetzt mit dem viert höchsten Steuerniveau der EU seine Wettbewerbskraft stark belastet – ein Knackpunkt für die Linksregierung, die Sparmaßnahmen durch zusätzliche Besteuerung der Reichen und Konzerne ausgleichen möchte.